

IRAN

Nach Verhaftungswelle: Hauskirchenleiter hinter Gittern

Als „Gefangenen des Monats September“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur idea den iranisch-armenischen Christen Joseph Shahbazian benannt. Am 30. Juni dieses Jahres feierte der 56-jährige Hauskirchenleiter gerade einen Gottesdienst mit anderen Gläubigen, als Mitarbeiter des Geheimdienstes der Iranischen Revolutionsgarden in den Versammlungsraum im Südwesten der Hauptstadt Teheran eindringen und ihn sowie weitere Christen mitnehmen. Shahbazian wird seither im berüchtigten Evin-Gefängnis festgehalten. Die Ermittler eines Teheraner Sicherheitsgerichts vernahmen ihn, jedoch sind die gegen ihn erhobenen Vorwürfe immer noch nicht bekannt.

Am selben Tag sowie am 1. Juli wurden mindestens weitere 34 Christen ab-

Appellbrief

Präsident Hassan Rohani
c/o Botschaft der Islamischen Republik Iran
Podbielskiallee 65-67

14195 Berlin
Fax: 030-8435 3535

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich wende mich heute wegen des Schicksals des Christen Joseph Shahbazian an Sie. Am 30. Juni dieses Jahres feierte der 56-jährige Leiter einer Hauskirche mit anderen Gläubigen einen Gottesdienst im Südwesten der Hauptstadt Teheran, als Mitarbeiter des Geheimdienstes der Iranischen Revolutionsgarden dort erschienen und Shahbazian sowie weitere Anwesende festnahmen.

Die Ermittler eines Teheraner Sicherheitsgerichts vernahmen ihn, jedoch sind die gegen ihn erhobenen Vorwürfe weiterhin unbekannt. Das zuständige Gericht forderte von Joseph Shahbazian drei Milliarden Toman für die Kaution. Seine Angehörigen waren bislang noch nicht in der Lage, die enorm hohe Summe aufzubringen.

Der Iran garantiert das Recht auf freie Religionsausübung und hat den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, einen völkerrechtlich bindenden Vertrag, ratifiziert. Ich appelliere an Sie, sich für die sofortige und bedingungslose Freilassung des Gefangenen einzusetzen.

Hochachtungsvoll

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen:
<https://www.religionsfreiheit-igfm.info>



FOTO: PRIVAT

geführt und verhört. An den darauffolgenden Tagen ließen die Ermittler die meisten, bis auf zwei Ausnahmen, wieder frei. In einigen Fällen wurden Vorwürfe fallen gelassen, in anderen verlangte das Gericht die Hinterlegung einer Bürgschaft, weil sich die Betroffenen angeblich der „Propaganda gegen das Regime“ oder der „Gefährdung der nationalen Sicherheit durch Verbreitung eines zionistischen Christentums“ schuldig gemacht hätten. Von Shahbazian forderte das Gericht umgerechnet ungefähr 127.000 Euro für die Kaution. Seine Familie war bislang noch nicht in der Lage, die einmalig hohe Summe aufzubringen.

Bitte schreiben Sie an den iranischen Präsidenten für die Freilassung von Joseph Shahbazian. Links ein Musterbrief.

CHINA

„Bereits in Hongkong erweist sich die Pekinger Führung als schamlos vertragsbrüchig“

Am 22. September läuft das bisherige Abkommen des Vatikans über die Ernennung von Bischöfen mit der VR China aus. Vor einer Verlängerung des vorläufigen Abkommens des Heiligen Stuhls mit China warnt die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und fordert die Veröffentlichung des Vertragstextes. „Nur ein veröffentlichtes Abkommen schafft Klarheit, was die Vertragsparteien tatsächlich vereinbart haben. Bereits in Hongkong erweist sich die Pekinger Führung als schamlos ver-

tragsbrüchig“, erklärt dazu IGFM-Vorsitzender Edgar Lamm.

Nach Auffassung der IGFM ist zu erwarten, dass die kommunistische Partei Chinas auf die Dauer den aus dem Abkommen resultierenden Verpflichtungen nicht nachkommen wird. Der auslaufende vorläufige Vertrag bildet die Grundlage für die Ernennung von Bischöfen und die Regelung von Bistumsgrenzen. Details werden bislang geheim gehalten, kritisiert die IGFM.

Kritiker dieser Vereinbarung wie der frühere Bischof von Hongkong, Kardinal Joseph Zen Ze-kun, beklagen, dass mit der Unterzeichnung Druck auf die Gläubigen der chinesischen Untergrundkirche ausgeübt werde, sich der staatlich kontrollierten Chinesisch Katholisch-Patriotischen Vereinigung anzuschließen. Vor dem Abkommen genoss die Untergrundkirche jedoch noch mehr interne religiöse Freiheit, weil sie etwa Predigten nicht von den Behörden genehmigen lässt. Sie geht somit aber ein höheres Risiko ein.

„Furcht ist kein guter Ratgeber“

Das neue Nationale Sicherheitsgesetz höhlt Grundfreiheiten wie Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit aus. Auf dieser Grundlage erfolgten schon am 1. Juli, am Tag, an dem es in Kraft trat, mehr als 30 Festnahmen von Demonstranten.

Am 10. August kam, unter anderen Demokratievertefchern, der Medienunternehmer Jimmy Lai in Haft und erst gegen Hinterlegung einer Kaution frei. Er hatte zuvor mit seinem Vermögen unter anderem die Untergrundkirche in Festlandchina unterstützt. „Subversion“, „Sessession“ und „Kollaboration mit ausländischen politischen Kräften“, so lauten Tatbestände in dem Gesetz, was auch zur Kriminalisierung religiöser Aktivitäten, etwa die Pflege der Beziehungen zum Heiligen Stuhl und zur Weltkirche, führen kann. Das befürchten auch katholische Gläubige aus Hongkong laut einer kürzlich veröffentlichten Stellungnahme.

Michaela Koller befragte den ehemaligen Bischof von Hongkong, Kardinal Joseph Zen Ze-kium, zu seiner Sicht auf die Auswirkungen neuen Rechtslage. Das Interview wird an dieser Stelle gekürzt wiedergegeben.

Die chinesische Regierung hat der Sonderverwaltungszone Hongkong ein neues nationales Sicherheitsgesetz aufgezwungen. Gibt es noch Hoffnung auf Freiheit?

Kardinal Zen: Ich habe mich durch den ge-

samten Text des Gesetzes durchgearbeitet. Ich denke, dass es ausreicht, Ihnen zu sagen, dass sie auf dieser Grundlage alles mit Ihnen machen können. Sie können Ihre Kommunikation kontrollieren, Ihr Haus



Kardinal Joseph Zen Ze-kium

ohne richterlichen Beschluss durchsuchen, Sie ohne den Beistand eines Rechtsanwaltes verhaften, Sie in ein Gefängnis nach China bringen und dort vor Gericht stellen. Nicht einmal nächste Familienangehörige können Sie dort besuchen.

Fürchten Sie nicht die Konsequenzen, wenn Sie so stark für die Achtung der Menschenrechte in Hongkong und China eintreten?

Kardinal Zen: Jeder muss Angst haben, denn sie sind verrückt. Furcht ist jedoch

kein guter Ratgeber. Wir müssen nach unserem Gewissen reden und handeln. Ich rate den Menschen aber auch, unsere Feinde nicht zu provozieren, denn sie sind verrückt.

Wie sollte Ihrem Vorschlag zufolge die internationale Gemeinschaft auf die Lage reagieren?

Kardinal Zen: Ich stelle fest, dass die ganze Welt allmählich aufwacht und schon erkannt hat, wie bösartig die Kommunistische Partei Chinas ist.

Inzwischen sind beinahe zwei Jahre vergangen, seit der Vatikan mit Peking erstmals ein vorläufiges Abkommen unterzeichnet hat. Dieses betrifft den Entscheidungsprozess für die Bischofsernennungen. Sollte das Übereinkommen nun verlängert werden? Wie beurteilen Sie das?

Kardinal Zen: Dieses geheime Abkommen sollte zuallererst einmal veröffentlicht werden. Die pastoralen Leitlinien des Heiligen Stuhls für die staatliche Registrierung des Klerus in China vom 28. Juni vorigen Jahres sind noch viel schlimmer. Sie fordern die Untergrundkirche dazu auf, der Chinesischen Katholisch-Patriotischen Vereinigung [die offiziell von der kommunistischen Regierung anerkannte katholische Gemeinschaft; Anm. d. Red.] beizutreten. Das ist eine schismatische Kirche! Es ist einfach unglaublich! (Das Interview erschien erstmals in der Zeitung „Die Tagespost“.)

RELIGIONSFREIHEIT WELTWEIT

Glauben trotz Lebensgefahr

Anschläge auf Gebetsstätten, Entführung von Gläubigen oder Haftstrafen für Glaubenswechsel sind in einigen Ländern weltweit zur traurigen Normalität geworden. Besonders unter kommunistischer, nationalistischer und streng islamischer Herrschaft oder in anderen Staaten, in denen Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind, werden Gläubige wegen ihrer Religion verfolgt, festgenommen, diskriminiert oder gar getötet. Wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) anlässlich des Internationalen Tags des Gedenkens an die Opfer von Gewalttaten aufgrund der Religion oder der Weltanschauung am 22. August berichtet, hat die Gewalt gegen Christen weltweit zugenommen. Die in Frankfurt ansässige Organisation erhält dabei besonders viele Berichte über Einschränkungen der Religionsfreiheit aus Pakistan, Iran, Saudi-Arabien, Ägypten, China, Vietnam und Nordkorea und stellt anlässlich des Gedenktages exemplarisch einige Fälle vor.

NEPAL

Pastor Acharya ist frei!

Pastor Keshab Acharya aus Nepal, „Gefangener des Monats Juli 2020“, kam bald nach Beginn der Appellation am 3. Juli aus dem Gefängnis. Er musste dafür einen Betrag von mehr als 2.200 Euro als Bürgschaft hinterlegen. Anlass zu seiner Inhaftierung am 23. März war zunächst angeblich ein Gebet gegen das Corona-Virus, das er im Internet veröffentlicht hatte und das als „Irreführung der Öffentlichkeit“ gewertet wurde. Offenbar fühlen sich Hindunationalisten durch seine missionarischen Aktivitäten provoziert. Während des Haft warfen Ermittler ihm vor: „Du bist im ganzen Land umhergereist und hast über Christus gegen die Sanatana Dharma Kultur und deren Sitten gepredigt (gemeint ist die hinduistische Kultur, Anm. d. Red.). Dich sollte man nicht so einfach ziehen lassen.“



Pastor Keshab Acharya